



Index-Beschäftigte demonstrieren vor der Landesbank LBBW in Stuttgart



KBA MetalPrint Stuttgart-Zuffenhausen: Mit uns ist zu rechnen

KRISE: BESCHÄFTIGTE AUS DEM MASCHINENBAU DER REGION STUTTGART DEMONSTRIEREN VOR DER LBBW

Maschinenbau fordert Hilfe in der Not

Beschäftigte von Maschinenbaubetrieben aus der Region Stuttgart demonstrierten vier Tage lang vor der Landesbank Baden-Württemberg für ihre Arbeitsplätze. Die Forderung: Banken und Landesregierung müssen den Betrieben in der Not helfen.

»Lasst Betriebe bitte weiterleben«, so übersetzten die Demonstranten das Kürzel der Landesbank LBBW. Die Krise drohe den mittelständischen Maschinenbau in der Region zu zerstören. Zum Auftakt der Aktionswoche demonstrierten die Belegschaften von Index in Esslingen und Traub in Reichenbach. Bei der Index-Traub-Gruppe sind fast 1000 Arbeitsplätze bedroht, so die IG

Metall Esslingen. Das wäre fast eine Halbierung. »Die Maschinenbauer sind das Rückgrat der Industrie und trotzdem werden wir alleine gelassen«, sagte Giovanni Conforti, Betriebsratsvorsitzender bei Index: »Die Banken sollen den Mittelstand finanzieren, nicht Bilanzen frisieren.« Lothar Bindert, Betriebsratschef bei Traub, sagte: »Wir brauchen Hilfe und dafür kämpfen wir.« Ähn-

lich bedrohlich sieht es bei Heller in Nürtingen aus, wo 450 Jobs, jeder dritte Arbeitsplatz gefährdet ist. Deshalb kamen mehrere hundert Heller-Beschäftigte nach Stuttgart. Ihnen folgte die Belegschaft von KBA MetalPrint. Deren Protest richtet sich gegen den Konzern König & Bauer, der in Stuttgart-Zuffenhausen über 150 Stellen abbauen will. IG Metall-

Bezirksleiter Jörg Hofmann forderte von der Landesregierung ein entschlossenes Handeln. Zum Beispiel einen Einsatz in Berlin für die Verlängerung der Möglichkeit, 24 Monate kurzzeitarbeiten. Das Land solle einen Fonds einrichten, mit dessen Hilfe die Unternehmen besser durch die Krise kommen können ■

Berichte, Bilder, Filme:
► www.bw.igm.de

Erfolgsgeschichte Tatort Betrieb

20 Jahre Arbeits- und Gesundheitsschutz in Baden-Württemberg

Seit 20 Jahren gibt es die Aktion »Tatort Betrieb« der IG Metall Baden-Württemberg. »Eine Erfolgsgeschichte«, sagte Monika Lersmacher von der IG Metall-Bezirksleitung bei der Konferenz Mitte Oktober in Pforzheim.

Mit den Lösemitteln Per und Tri hat es seinerzeit begonnen. In neun Kampagnen konnten seither Missstände beim Arbeits- und Gesundheitsschutz aufgedeckt und Arbeitsbedingungen direkt verbessert werden. Das Thema der aktuellen Debatte lautet »Arbeitszeitgestaltung in Produktion und Büro«.

»Der Gesundheitsschutz darf in der Krise nicht unter die Räder kommen«, mahnte IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann. Arbeitgeber würden bei anstehenden Rationalisierungen die Chance nutzen, die Leistungsschraube zu Lasten der Beschäftigten weiter anzudrehen. Die Arbeitszeit rückte daher als zentrales Thema in den Fokus. »Was wir brauchen, sind neue Formen der Arbeitszeitverteilung, die sich in Modellen spiegeln, die sowohl Antworten auf persönliche Belange wie auf die Einkommenssituation der Menschen geben«, sagte



Konferenz Tatort Betrieb: In der Krise beim Gesundheitsschutz dranbleiben

Hofmann. »Tatort Betrieb stellte erstmals die Betroffenen in den Mittelpunkt«, sagte Hans-Jürgen Urban (IG Metall-Vorstand): »Neben Arbeitsplatz und Einkommen ist Gesundheit das

wichtigste.« Deshalb bleibe das Recht auf Gesundheit in der Krise aktuell, wenn der Druck und die Angst um den Job zunehmen.

► www.tatort-betrieb.de

Heidelberger unter Druck

Heidelberger Druck steht unter großem Druck. Betriebsrat und IG Metall kämpften für eine Reduzierung des Arbeitsplatzabbaus.

Rund 1300 Arbeitsplätze an den Standorten Heidelberg, Amstetten, Brandenburg, Ludwigsburg, Mönchenglöblich und Wiesloch/Walldorf sollen wegfallen, weitere 200 über freiwilliges Ausscheiden. Das Ziel, alle Beschäftigten in Arbeit zu halten, konnte angesichts der schwierigen Situation bei der Heidelberger Druckmaschinen nicht erreicht werden, so teilte die IG Metall Heidelberg mit: »Jede betriebsbedingte Kündigung ist eine Katastrophe für die Betroffenen und ihre Familien.«

Jedoch habe die Anzahl der betriebsbedingten Kündigungen mit

der erzielten Vereinbarung minimiert werden können. Zum Beispiel auch dadurch, dass alle Heidelberg-Beschäftigten ihre Arbeitszeiten reduzieren. Zudem seien akzeptable Abfindungsregelungen vereinbart worden.

Betriebsrat und IG Metall haben auch eine Transfergesellschaft ausgehandelt, die im März 2010 starten soll. Betroffene erhalten 90 Prozent vom letzten Nettoentgelt. Arbeitslosigkeit könne so mindestens um weitere zwölf Monate vermieden werden.

► www.heidelberg.igm.de



Foto: IGM Göppingen-Geislingen

Oerlikon-Beschäftigte vor dem Arbeitsgericht: Kündigungen unwirksam

Oerlikon: Ungültige Kündigungen

Arbeitsgericht: Betriebsrat nicht ordnungsgemäß angehört

Kündigungen ohne Anhörung des Betriebsrats sind unwirksam: Weil Oerlikon Schlafhorst den Betriebsrat nicht ordnungsgemäß angehört hat, hat das Arbeitsgericht 40 Kündigungen im Werk Ebersbach/Fils (früher Zinser) für ungültig erklärt.

Der Textilmaschinenhersteller Oerlikon hatte zu Beginn des Jahres angekündigt, von den 300 Arbeitsplätzen 70 durch Entlassungen abzubauen. Weitere fast 80 Jobs sollen nach Nordrhein-Westfalen verlagert werden. Seither kämpfen die Beschäftigten um eine Zukunft für ihren Standort und minde-

stens um angemessene Entschädigungen bei Arbeitsplatzverlust.

Nach Angaben des DGB-Rechtsschutzes sind nach dem Urteil des Arbeitsgerichts nicht nur die Kündigungen der 40 Klägerinnen und Kläger ungültig, sondern alle 70. Der Betriebsrat mit seinem Vorsitzenden Jürgen Falkenstein ist nach dem Urteil in die nächste Runde der Sozialplanverhandlungen eingestiegen. Erreicht werden sollen unter anderem eine Transfergesellschaft und angemessene Abfindungen bei Arbeitsplatzverlust.

► goeppingen-geislingen.igm.de

Delegationen aus der Lombardei zu Besuch



Foto: IGM Baden-Württemberg

Kampf um Jobs: Auch in Italien kämpfen die Metallgewerkschaften gegen Krise und Jobabbau. Das wurde beim Besuch der Delegationen von Fiom und Fim aus der Region Lombardei beim IG Metall-Bezirk in Stuttgart deutlich. Die italienischen Gewerkschafter setzen sich für eine Ausweitung der Kurzarbeit und für Solidaritätsverträge ein, die etwa den Beschäftigungssicherungstarifen entsprechen. Auf dem Programm stand auch eine Besichtigung von Porsche in Zuffenhausen.

Mehr Geld bei Metallbau und Elektro

Bei Metallbau/Feinwerktechnik und im Elektrohandwerk konnte die IG Metall für die Beschäftigten mehr Geld durchsetzen.

Bei Metallbau und Feinwerktechnik hatten die Arbeitgeber es in den ersten drei Verhandlungen strikt abgelehnt, die Entgelte zu erhöhen. Sie forderten Kürzungen von Tarifbestandteilen und Öffnungsklauseln. Nach sieben Stunden Verhandlung stand ein »akzeptables Ergebnis«, so Verhandlungsführerin Sabine Zach: Ab Oktober gibt's 1,5 Prozent

mehr, ab Oktober 2010 weitere zwei Prozent. Zudem wurde ein Beschäftigungsschutzabkommen vereinbart, das nach festgelegten Regeln tarifliche Abweichungen zulässt. Die Übernahme nach der Ausbildung wurde von sechs auf zwölf Monate verlängert. Im Elektrohandwerk steigen die Entgelte ab Januar 2010 um 2,5, ab April 2011 um 1,65 Prozent. Auch die Ausbildungsvergütungen werden erhöht. Die Tarifkommissionen stimmten den Ergebnissen jeweils einstimmig zu.

Porsche: Untersuchung zu Zwangsarbeit

Stuttgarter NS-Täter – Vom Mitläufer bis zum Massenmörder – das vom Stuttgarter Journalisten Hermann G. Abmayr neu herausgegebene Buch hat mit seinem Kapitel über Porsche bereits für Bewegung gesorgt. Der Wirtschaftsjournalist Ulrich Viehöver berichtet darin von etwa 300 Zwangsarbeitern einschließlich Kriegsgefangener, die bei Porsche selbst oder für Porsche gearbeitet haben. Porsche kündigte darauf an, die Vergangenheit von unabhängigen Historikern aufarbeiten zu lassen. In dem Buch beschreiben die 30 Autoren 45 Männer –

alle aus der Region Stuttgart. Der Täterbegriff reicht dabei vom Mitläufer bis zum Massenmörder.

Stuttgarter NS-Täter. Hg. Hermann G. Abmayr. ISBN 3-89657-136-2.

► stuttgarter-ns-taeter.de

IMPRESSUM

IG Metall Bezirk Baden-Württemberg, Stuttgarter Str. 23, 70469 Stuttgart, Telefon 0711-16 58 1-0, Fax 0711-16 58 1-30. E-Mail: bezirk.baden-wuerttemberg@igm.de
Verantwortlich: Jörg Hofmann, Redaktion: K. Bliesener, U. Eberhardt